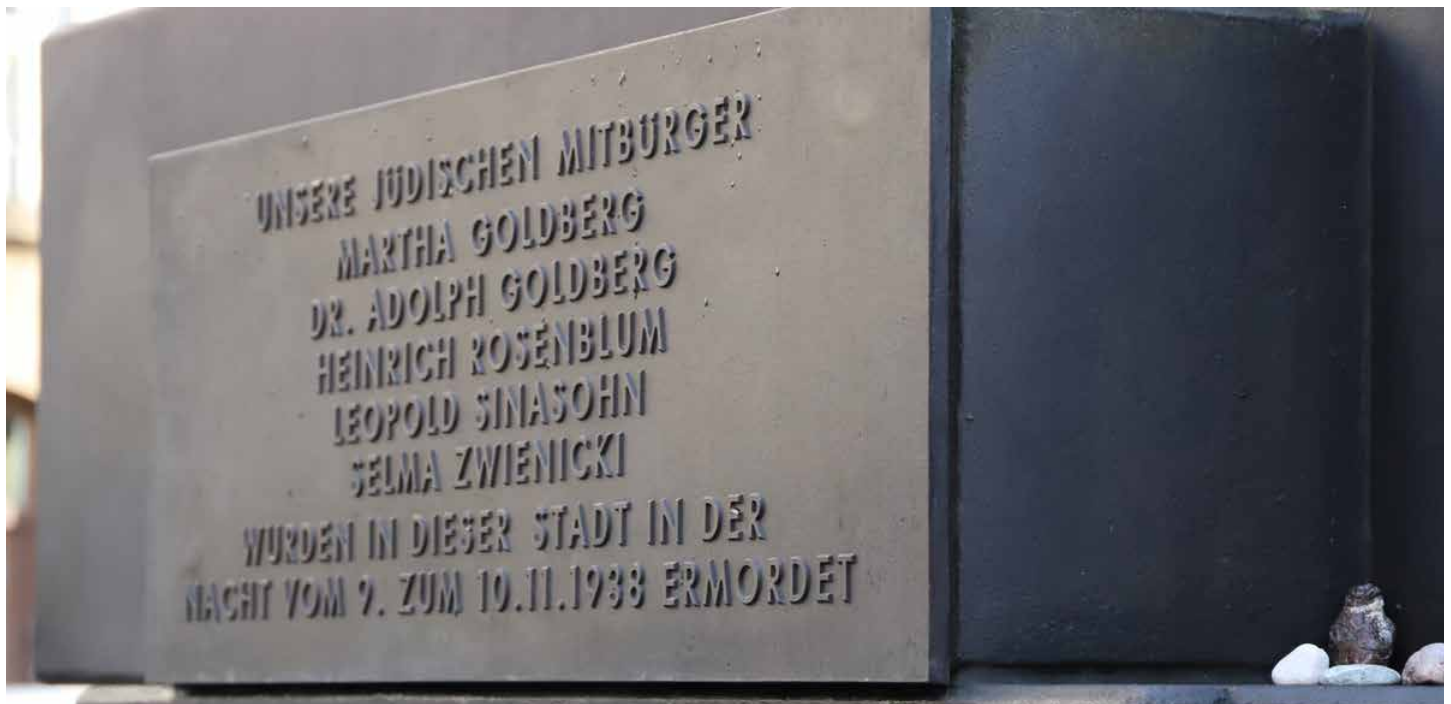


PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 21. NOVEMBER 2019



ANTRAG GEGEN ANTISEMITISMUS UND MENSCHENFEINDLICHKEIT!

Die Bürgerschaft hat heute den gewalttätigen Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober verurteilt. „Niemals dürfen in unserem Land Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer politischen Einstellung Angst um Leib und Leben haben müssen“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Mustafa Güngör, in seiner Rede und forderte: „Alle Formen von Extremismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus müssen entschieden bekämpft werden!“

Ein rechtsextremer Terrorist, der schwer bewaffnet an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, versucht, in die Synagoge in Halle einzudringen, um die dort betenden Jüdinnen und Juden zu ermorden, und der nach dem Scheitern dieses Versuchs zunächst eine vorbeilaufende Passantin und dann einen jungen Mann in einem Dönerimbiss umbringt – diese Ereignisse vom 9. Oktober beschäftigten heute die Bürgerschaft.

Erschütternd, zutiefst verstörend und alarmierend zugleich nannte Mustafa Güngör diese Ereignisse. Und das Parlament verabschiedete einen Antrag von SPD, Grünen und Linken, der diesen Anschlag scharf verurteilt und Aufklärung fordert. Zudem fordert er Bürgerschaftspräsidenten und Bürgermeister dazu auf, unter ihrer Schirmherrschaft dem „Forum der Freund*innen der Jüdischen Gemeinde für die Förderung des jüdischen Lebens in Bremen“ einen festen Rahmen zu geben.



Mustafa Güngör

Ereignisse in Halle jedoch besonders auf die jüdische Glaubensgemeinschaft, die stets ein wertvoller und unverzichtbarer Bestandteil Bremens war, ist und natürlich auch bleiben soll.“

Güngör betonte, der Blick für antisemitische oder menschenfeindliche Tendenzen müsse geschärft werden. Ein Antisemitismusbeauftragter, wie ihn die CDU-Fraktion gefordert hatte, könne dabei Sinn machen – etwa in Flächenländern, in denen die jüdische Gemeinde sonst keine Chance hätte

„Ziel dieses Antrags ist das Vorantreiben des interreligiösen Dialogs mit allen Religionsgemeinschaften“, sagte Güngör. „Das schließt zwar alle Religionsgemeinschaften ein, bezieht sich mit Blick auf die

mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik zu sprechen. „Aber hier in Bremen, im Land der kurzen Wege, sind wir alle Antisemitismusbeauftragte“, sagte Güngör. „Alle Entscheidungsträger, Behörden, sämtliche Akteure in Politik und Gesellschaft müssen in die Pflicht genommen werden, um dabei zu helfen, antisemitischen Tendenzen in allen Gesellschaftsbereichen kontinuierlich Einhalt zu gebieten.“ Güngör abschließend: „Ein enger Austausch, Wachsamkeit und eine starke Zivilgesellschaft sind nötiger denn je. Wir wollen keine Gesellschaft, in der Ausgrenzung, Hass, Hetze und Gewalt zum Alltag gehören! Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit haben hier, heute und in Zukunft keinen Platz.“

> Antrag: Der Anschlag von Halle ist unser Auftrag, dem Antisemitismus und allen anderen Formen von Menschenverachtung kontinuierlich und entschieden entgegenzutreten!

bit.ly/halle_antisemitismus

ANTRAG **BÜRGERSCHAFT SETZT ZEICHEN GEGEN GEWALT AN FRAUEN**

Die Bürgerschaft hat heute beschlossen, ein klares Zeichen gegen die Gewalt an Frauen und Mädchen zu setzen. Auf Antrag von SPD, Grünen, Linken und FDP wird eine Flagge für das Haus der Bremischen Bürgerschaft entwickelt, die die Ziele der Istanbul-Konvention sichtbar macht und zeigt: Wir ächten jede Form von Gewalt und wir bieten Betroffenen Schutz.

Gewalt an Frauen und Mädchen ist nach wie vor verbreitet. Frauen sind überproportional häufig von häuslicher Gewalt, sexueller Nötigung, Vergewaltigung und psychischer wie physischer Gewalt betroffen. Jede dritte Frau im Alter zwischen 15 und 74 Jahren hat laut einer EU-Studie in ihrem Leben sexuelle Gewalt erfahren. In Bremen und Bremerhaven wurde die Polizei im Jahr 2017 insgesamt 1.935 Mal wegen Gewalt an Frauen gerufen.

„Gewalt ist eine Menschenrechtsverletzung“, sagte Gönül Bredehorst, Sprecherin für die Gleichstellung der Frau der SPD-Fraktion, heute in ihrer Rede in der Bremischen Bürgerschaft und fügte hinzu: „Auch in Deutschland werden Frauen Opfer von Gewalt. Jeden Tag. Das nehmen wir in Bremen nicht hin.“

Die Bürgerschaft habe sich immer wieder für die körperliche und seelische Unversehrtheit von Frauen und Mädchen eingesetzt, indem sie gute, schützende



Gönül Bredehorst

Gesetze beschlossen habe. Dies solle durch die Entwicklung einer Fahne nun auch nach außen hin deutlicher sichtbar gemacht werden. Laut Bredehorst soll die Fahne künftig am Internationalen Tag



zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen am Haus der Bürgerschaft gehisst werden und somit ein deutliches Zeichen setzen: „Wir verurteilen jegliche Gewalt, aber insbesondere die Gewalt gegen Frauen und Mädchen.“

Die im Jahr 2017 von Deutschland unterzeichnete Istanbul-Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten zu Präventionsmaßnahmen, Schutz und Unterstützung für betroffene Frauen sowie entsprechenden rechtlichen Regelungen. „Dieses hohe Haus bekennt sich zur Istanbul-Konvention und das Recht auf körperliche Unversehrtheit von Frauen und Mädchen.

Die Fahne soll symbolisch nicht nur für die Einhaltung und Umsetzung der Istanbul-Konvention stehen, sondern auch für die Ächtung jeglicher Gewalt“, erklärte Bredehorst und ergänzte mit Blick auf die internationale Situation: „Keine zivilisierte Gesellschaft nimmt Gewalt – egal gegen wen – hin. Daran müssen sich alle 194 Länder dieser Welt messen lassen, nicht nur die 34 Länder, die die Istanbul-Konvention ratifiziert haben.“

> Antrag: Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen in Bremen sichtbar machen <http://bit.ly/istanbulkonvention>

ANTRAG **NORDSYRIEN: KONFLIKT NICHT NACH BREMEN ÜBERTRAGEN**

Die Bürgerschaft hat heute mit einem einstimmig beschlossenen Antrag an alle demokratischen Kräfte für eine friedliche Lösung im Nordosten Syriens appelliert. Antje Grotheer, Sprecherin für Bund, Europa und Internationales der SPD-Fraktion machte zudem deutlich, dass der Konflikt nicht nach Deutschland und nach Bremen übertragen werden dürfe.

Viele der in Bremen und Bremerhaven lebenden Menschen mit Wurzeln in dieser Region machten sich große Sorgen über die Sicherheit ihrer Angehörigen, erklärte Grotheer. Denn die Sicherheitszone, die die Türkei dort einrichten wolle, führe eher zu mehr Leid und Flucht der dort lebenden Menschen. Grotheer: „In dieser ‚Sicherheitszone‘ kann sich niemand sicher fühlen – das auch als ‚Schutzzone‘ bezeichnete Gebiet bietet im Moment niemandem Schutz!“

Die Sorge um die Angehörigen sei auch in Bremen und Bremerhaven zu spüren – und finde ihren Ausdruck in Demonstrationen, so Grotheer weiter. Das sei verständlich, und friedliche Demonstrationen, die ein friedliches Ende des Einmarschs zum Ziel hätten, begrüße sie.

Grotheer mahnte aber auch: „Wir wollen nicht, dass die Auseinandersetzung nach Deutschland, nach Bremen und Bremerhaven schwappt. Bremen und Bremerhaven sind unsere zwei Städte, deren Bürgerinnen und Bürger froh und stolz sind, dass bei uns so viele Nationen, Kulturen



Antje Grotheer

und Religionen friedlich zusammenleben wollen und können. Es sind Städte, in denen jeder seine Meinung sagen kann und Auseinandersetzungen mit demokratischen Mitteln ausgetragen werden. Und das wollen wir erhalten. Wir wollen nicht, dass das friedliche Zusammenleben dadurch erschwert wird, dass Menschen gezwungen werden, sich auf eine Seite der Auseinandersetzung zu stellen. Wir wollen, dass bei uns jede und jeder mit seiner kulturellen Identität sicher leben kann.“

> Antrag: Den Angriff der Türkei in Syrien sofort stoppen! Für ein friedvolles Zusammenleben statt militärischer Gewalt bit.ly/tuerkei_syrien

FRAGESTUNDE **SITZMÖGLICHKEITEN AM BREMER FLUGHAFEN**

Verkehrsknotenpunkte wie Bahnhöfe und Flughäfen sind immer auch Orte des Wartens. Insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen sind dabei auf ausreichend Sitzplätze angewiesen. Viele dieser Sitzmöglichkeiten sind jedoch nur in Gastronomiebereichen verfügbar und ihre Nutzung daran gebunden, dass auch etwas verzehrt wird.

Holger Welt, Sprecher für ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen der SPD-Fraktion, wollte daher vom Senat wissen, über wie viele Sitzmöglichkeiten ohne Verzehrzwang der Bremer Flughafen

verfügt, und wie viele noch installiert werden sollen.

Insgesamt gebe es außerhalb des Sicherheitsbereiches aktuell fast 100 Sitzplätze, berichtete Häfenstaatsrat Tim Cordßen für den Senat. Erst Anfang Oktober 2019 habe man die Anzahl der dortigen Sitzmöglichkeiten um 40 erhöht. Außerdem habe man für das Jahr 2019 insgesamt 40.000 Euro zur Schaffung neuer Sitzgelegenheiten eingeplant. „Die Realisierung der Maßnahme wurde allerdings aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Flughafen Bremen GmbH und der damit

zusammenhängenden Reduzierung von Investitionsausgaben auf absolut betriebsnotwendige Aspekte zurückgestellt“, so Cordßen. Zwar strebe man die Schaffung weiterer Sitzgelegenheiten an, dies müsse aber im Rahmen der verfügbaren Mittel finanzierbar sein.



Holger Welt

FRAGESTUNDE **VERGIFTUNGEN DURCH E-ZIGARETTEN**

Im Oktober wurden in Bremerhaven 13 Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren mit unterschiedlichen Beschwerden ins Krankenhaus eingeliefert und teilweise stationär behandelt. Alle hatten eines gemeinsam: Den vorherigen Konsum von E-Zigaretten oder E-Shishas. Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute



Ute Reimers-Bruns

Reimers-Bruns, wollte daher vom Senat wissen, wie dieser die Vorfälle in Bezug auf den Konsum von E-Zigaretten und E-Shishas bewertet und welche Möglichkeiten er sieht, solche Vorfälle künftig zu vermeiden. In seiner schriftlichen Antwort erklärte der Senat, dass die Jugendlichen wahrscheinlich keine regulären Liquids in den E-Zigaretten und E-Shishas zu sich nahmen, sondern synthetische Cannabinoide und starke Schmerzmittel beimischten. Durch diese Mischung entstehe ein hochpotenter Wirkstoff, der ähnlich wie der Cannabiskarbinol THC psychoaktiv wirke, so der Senat. Das Rauchen von E-Zigaretten

und E-Shishas habe dabei die Probleme nicht verursacht, sondern der Konsum von „gepanschten Liquids“, anderen Stoffgemischen und sogenannten „Legal Highs“. Der Vertrieb von synthetischen Cannabinoiden und „Legal Highs“ stehe bereits unter Strafe und weiterer gesetzlicher Handlungsbedarf beim Besitz und Konsum von chemisch hergestellten Cannabinoiden sei bereits erkannt worden. Mit Blick auf den Jugendschutz sieht der Senat derzeit keinen Handlungsbedarf. Die Regelungen in Bezug auf das Rauchen seien eindeutig und E-Zigaretten und E-Shishas dabei keine Ausnahme.

FRAGESTUNDE **FEHRMOOR IN BREMERHAVEN**

Das Fehrmoor in Leherheide ist das letzte Hochmoor Bremens. Trotzdem ist das Fehrmoor bisher kein Naturschutzgebiet. Der Bremerhavener SPD-Abgeordnete Martin Günthner wollte deshalb vom Senat wissen, welche Bedeutung das Fehrmoor für den Naturschutz hat und welche Voraussetzungen noch geschaffen werden müssen, damit der Bereich „Fehrmoor/ In den Plättern“ als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden kann.

„Für den Naturschutz wertvoll ist das Gebiet wegen seiner Restmoorflächen, wassergefüllten Torfstichen mit Torfmoo sen und feuchten Bruchwaldparzellen“, berichtete Umweltsenatorin Maike Schae-

fer für den Senat. Das Fehrmoor sei dazu nicht nur der einzige bekannte Standort einer größeren Kreuzotter-Population im Bundesland, sondern darüber hinaus aufgrund seiner Moorböden auch wichtig für den Boden-, Wasser- und Klimaschutz. Das gesamte Gebiet sei in den Augen des Senats schutzwürdig. Allerdings strebe das Land Bremen zahlreiche Schutzgebietsverfahren an, deswegen sei „eine Prioritätensetzung unausweichlich“, so Schaefer. „Aktuell haben aufgrund eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission gegen Deutschland die Natura 2000-Gebiete höchste Priorität.“ Der Ausweisung des Bereichs „In den

Plättern“ als Naturschutzgebiet stehe zudem derzeit noch ein dem widersprechender Bebauungsplan entgegen. Auf Nachfrage von Martin Günthner und Holger Welt erklärte die Umweltsenatorin, dass dieser Konflikt zunächst durch die Stadt Bremerhaven aufgelöst werden müsse. Die Ausweisung des Fehrmoor werde weiterhin zeitnah angestrebt.



Martin Günthner

FRAGESTUNDE **CYBERKRIMINALITÄT IN BREMEN UND BREMERHAVEN**

Im Angesicht einer zunehmenden Digitalisierung ist Cyberkriminalität mittlerweile eine wachsende Bedrohung. Von 2017 auf 2018 stieg die Zahl der Delikte bundesweit an, und erst vor kurzem kündigte das BKA eine eigenständige Abteilung an, die sich ab April 2020 der Bekämpfung von Cybercrime widmen soll.

Aufgrund der steigenden Deliktzahlen und der sinkenden Zahl erfolgreich aufgeklärter Verbrechen fragte Martin Günthner, Spre-

cher für Digitalisierung der SPD-Fraktion, den Senat, wie viele Fälle von Cyberkriminalität es in den vergangenen fünf Jahren im Land Bremen gegeben hat und wie er sicherstellen will, dass dieser mit den nötigen Mitteln und Maßnahmen begegnet wird.

In seiner schriftlichen Antwort berichtet der Senat von über 6.000 Fällen von Cyberkriminalität in Bremen und knapp 1.250 in Bremerhaven seit dem Jahr 2015 – Bremen

trotz laut diesen Angaben also dem Bundestrend und weise leicht rückläufige Zahlen auf. Dennoch sehe er, so der Senat, die Notwendigkeit für eine Stärkung der spezialisierten Cybercrime-Ermittlungsbe reiche mit fachkundigen Mitarbeitern und der dazugehörigen technischen und softwarebasierten Ermittlungsunterstützung. Allerdings könne dieser Ausbau aufgrund der aktuellen Personalsituation nur stufig erfolgen.

ANTRAG **FAHREN OHNE FAHRSCHEIN** SOLL ENTKRIMINALISIERT WERDEN

Die unbefugte Nutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels, die sogenannte Beförderungser schleichung, soll als Straftatbestand aus dem Strafgesetzbuch gestrichen und in abgewandelter Form als Ordnungswidrigkeit in das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten eingefügt werden. Das hat die Bremische Bürgerschaft heute auf Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen.

Wer ohne Fahrschein ein öffentliches Verkehrsmittel nutzt, begeht bisher eine Straftat. Bremen soll sich jetzt einer Bundesratsinitiative des Landes Thüringen anschließen, die zum Ziel hat, die unbefugte Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel als Straftatbestand aus dem Strafgesetzbuch zu streichen und sie stattdessen als Ordnungswidrigkeit in das entsprechende Gesetz aufzunehmen. Einen entsprechenden Antrag der rot-grün-roten Koalition hat die Bürgerschaft heute beschlossen.

Eine solche rechtliche Einordnung sei der Tat angemessener als die aktuelle Regelung, so Holger Welt. „Das Strafrecht ist und bleibt das schärfste Schwert des Rechtsstaates. Angesichts seiner weitreichenden Eingriffsmöglichkeiten in die Rechte der Einzelnen muss es klar Ultima Ratio bei der Durchsetzung unserer Rechtsordnung sein. Und gerade ein starker, demokratischer Rechtsstaat zeichnet sich eben dadurch aus, dass er mit angemessener Härte durchgreift, dabei immer die Verhältnismäßigkeit beachtet und nicht mit Kanonen auf Spatzen schießt“, so der Sozialdemokrat.

Zudem handele es sich bei den Tatverdächtigen oftmals um Menschen, die



sich aufgrund sozialer, psychischer oder eben finanzieller Probleme einfach kein Ticket leisten können, erklärte Welt. „Und wer dann noch mit diesen juristischen Schreibereien nicht umgehen kann, wer überschuldet oder zahlungsunfähig ist, der landet bisher schnell in einer Zelle.“

Gleichwohl sei es natürlich richtig, dass das Fahren ohne Fahrschein weiterhin konsequent sanktioniert werden müsse,

so Welt, allerdings nicht mehr schlimmstenfalls mit dem Entzug der Freiheit. „Davon unberührt bleibt außerdem, dass die Verkehrsunternehmen weiterhin ihren Anspruch auf das erhöhte Beförderungsentgelt zivilrechtlich durchsetzen können“, erklärte Welt.

> Antrag: „Fahren ohne Fahrschein“ entkriminalisieren
bit.ly/fahren-ohne-fahrschein